

## A11NEU Menschen aufnehmen – Talibanherrschaft in Afghanistan verurteilen!

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Schleswig-Holstein  
Beschlussdatum: 21.01.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

1 Seit der Einnahme von Kabul durch die Taliban am 15. August 2021 werden die  
2 Menschenrechte immer stärker eingeschränkt, Medien unterdrückt und  
3 Kritiker\*innen und vermeintliche Oppositionelle gefoltert und hingerichtet. Die  
4 Taliban passen staatliche und institutionelle Strukturen an ihre religiösen und  
5 politischen Vorstellungen an und die humanitäre Lage hat sich deutlich  
6 verschärft. Seit der Machtübernahme haben die Taliban zudem Gesetze erlassen die  
7 die Rechte von Frauen und Mädchen weitreichend einschränken. Sie werden unter  
8 anderem davon abhalten, ihre grundlegendsten Rechte auf Meinungsäußerung,  
9 Bewegungsfreiheit und Bildung auszuüben. Auch die Auswirkungen der  
10 Wirtschaftskrise auf Frauen und Mädchen sind besonders gravierend, da diese es  
11 immer schwerer haben, Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem zu erlangen.

12 Das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung für ehemalige Ortskräfte, deren  
13 Familien und afghanische Staatsangehörige in Afghanistan, die sich für Frauen-  
14 und Menschenrechte eingesetzt haben oder wegen ihrer Tätigkeit in Justiz,  
15 Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders gefährdet  
16 sind schafft Perspektiven und reagiert somit auf den plötzlichen und  
17 unkoordinierten Abzug westlicher Staaten. Die Kritik der Union, welche das  
18 Aufnahmeprogramm als Migrationspolitik unter dem Deckmantel der Humanität zu  
19 Lasten von Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden bezeichnet, darf dieses  
20 nicht gefährden und muss scharf zurückgewiesen werden.

21 Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich  
22 afghanische Hilfskräfte aufzunehmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation  
23 in Afghanistan zu ergreifen. Konkret bedeutet dies:

- 24 1. Die Bemühungen zur Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von  
25 Frauen in Afghanistan zu intensivieren.
- 26 2. Die Unterstützung für humanitäre Hilfsmaßnahmen in Afghanistan zu erhöhen,  
27 um die Not der Bevölkerung zu lindern.
- 28 3. Die Ausweitung des Aufnahmeprogramms der Bundesregierung für weitere  
29 gefährdete Gruppen.

30 Wir als Grüne Jugend Schleswig-Holstein erkennen den Afghanistan-Einsatz als  
31 gescheitert an. Um solche in Zukunft zu verhindern und Terrororganisationen wie  
32 den Taliban Nährboden zuzunehmen, fordern wir:

- 34 1. Die lückenlose Aufklärung und Evaluierung des Einsatzes  
35
- 36 2. Abschließende Lehren aus diesem, welche bei zukünftigen Einsätzen als  
37 Vergleichswerte herangezogen werden müssen  
38
- 39 3. Historische Aufarbeitung der Entstehung (islamistischer) Terrororganisation,

40 für Anhaltspunkte in Bezug auf zukünftiges außenpolitisches Handeln

41

42 Somit unterstützen wir die gefährdeten Menschen vor Ort und garantieren eine  
43 Aufnahme gefährdeter Gruppen in Deutschland. Während wir gleichzeitig dafür  
44 sorgen, dass weitere Bevölkerungen/Staaten so ein Schicksal nicht erleiden  
45 müssen.